Warum sich untere Bildungsschichten weniger an Wahlen und Abstimmungen beteiligen und welche Folgen dies für die Demokratie hat

Wolf Linder, Lucas Leemann, Tabea Palmtag, Philippe Etienne Rochat, Hans-Peter Schaub, Pascal Sciarini, Maxime Walder, Mala Walz, Alina Zumbrunn
30th December 2025



Wer nach neun Schuljahren keine weitere Ausbildung erhielt, beteiligt sich deutlich weniger an Wahlen und Abstimmungen als jemand mit höherem Bildungsabschluss. Im Gegensatz zur schwächeren Beteiligung der Frauen oder jüngerer Personen ist über die geringe politische Beteiligung unterer Bildungsschichten in der Schweiz bisher wenig geforscht worden. Die Analyse eines Teams von mehreren Universitäten bringt nun aber Licht ins Dunkel.

Weniger Bildung – weniger politische Beteiligung

Die Statistiken sprechen eine klare Sprache: Das Bildungsniveau beeinflusst die Bereitschaft zur politischen Teilnahme weitaus stärker als andere Faktoren. So zeigen die Abstimmungsdaten der VOX-Analysen von September 2024 eine Stimmbeteiligung von 36 Prozent für die Befragten des untersten Bildungsniveaus, was neun Prozent unter dem Durchschnitt lag. Befragte des obersten Bildungsniveaus dagegen bemühten sich zu 56 Prozent an die Urne.

Solche Unterschiede lassen sich auch bei Wahlen in der Schweiz und anderen Ländern beobachten. Bei Wahlen haben die Beteiligungsunterschiede auch trotz eines allgemein gestiegenen Bildungsniveaus nicht abgenommen. Im Gegenteil: Ein Acht-Länder-Vergleich von Armingeon/Schädel zeigte 2015, dass sich die Beteiligungsunterschiede zwischen den obersten und untersten Bildungsniveaus in den vergangenen Jahrzehnten nicht eingeebnet, sondern zugenommen haben. Die Schweiz weist darüber hinaus auch einen der stärksten Unterschiede der Wahlbeteiligung zwischen den Bildungsniveaus auf.

Eine Untersuchung mit interuniversitärer Beteiligung

Der kurze Hinweis auf die Statistik zeigt die Relevanz des Themas. Es schien uns dringend, mehr über den Einfluss des Bildungsniveaus der Bürgerinnen und Bürgern in der Wahl- und Abstimmungsdemokratie zu erfahren. Die Redaktion der SPSR regte eine wissenschaftliche Debatte an, an der neun Forschende der Universitäten Bern, Genf, Zürich und des Liechtenstein-Instituts teilnahmen. Ihre datengestützten Analysen befassen sich mit folgenden Fragen:

- Wie bilden sich Unterschiede politischer Beteiligung bei Jugendlichen heraus?
- Beeinflussen freiwillige soziale Tätigkeiten die politische Teilnahme?
- Ist ungleiche Teilnahme beschränkt auf die Urnenabstimmung, oder macht sie sich auch in der Versammlungsdemokratie bemerkbar?
- Stimmen untere Bildungsschichten anders ab als Bürgerinnen und Bürger mit hohem Bildungsniveau?
- Warum nimmt die Politik keinen Einfluss auf das Zustandekommen ungleicher Bildungschancen und ungleicher politischer Teilnahme?
- Was bedeuten die Ergebnisse für die Praxis und das Postulat chancengleicher Demokratie?

Die Beiträge zu den Themen sind einzeln erarbeitet, aber gemeinsam diskutiert worden. Sie sind in der SPSR als Einzelbeiträge, aber unter der gemeinsamen Klammer «Debatte» publiziert worden. Der vorliegende Beitrag fasst einige wichtige Ergebnisse zusammen.

Ungleiche Beteiligung beginnt im Jugendalter

Die Wegscheide zwischen Maturität und Berufsschule ist nicht nur für den weiteren Bildungsweg Jugendlicher bestimmend, sondern auch für deren künftige politische Teilnahme. *Leemann/Palmtag/Walz* zeigen dies in ihrem Beitrag *The Role of Education in Shaping Political Participation Among Young Voters* anhand von Daten von Jungwählerinnen und -wählern aus neun Zürcher Gemeinden im Alter von 18-25.

Jugendliche, die die Maturität anstreben, beteiligen sich politisch stärker als ihre Altersgenossen mit Lehrabschluss. Immerhin werden solche Unterschiede teilweise kompensiert für Jugendliche aus einem Elternhaus, das prägend durch das Beispiel eigener, starker politischer Partizipation wirkt. Insbesondere Jugendliche aus den Berufsschulen könnten am stärksten von der politischen Sozialisation durch das Elternhaus profitieren. Doch ist es so, dass gerade das Elternhaus dieser Jugendlichen oft von politischer Abstinenz geprägt ist. In diesem Fall trägt die Sozialisation durch das Elternhaus nicht zur Verminderung von Defiziten politischer Beteiligung bei, sondern verstärkt im Gegenteil die Hindernisse politische aktiver Teilnahme für die Jugendlichen.

Die schwache Beteiligung unterer Bildungsschichten – ein generelles Merkmal schweizerischer Abstimmungs- und Wahldemokratie

Den Glarner Stimmberechtigten stehen besonders vielfältige Formen politischer Teilnahme offen: Sie nehmen an Urnengängen zu Bundesvorlagen teil und entscheiden an Gemeindeversammlungen über Lokales. Zudem treffen sich die Glarner Stimmberechtigten an der jährlichen Landsgemeinde, um über die wichtigsten kantonalen Entscheide zu diskutieren und im offenen Handmehr darüber abzustimmen. Das ermöglichte *Schaub und Rochat* im Beitrag *Assembly Democracy Between Social Selectivity and Equality*, die Teilnahmebereitschaft der gleichen Stimmbürgerschaft in drei völlig unterschiedlichen Situationen zu vergleichen.

Ein erster, wichtige Befund: Die schwächere Beteiligung unterer Bildungsschichten lässt sich sowohl auf Bundes- wie auf kantonaler Ebene, bei Urnengängen wie bei der (kantonalen) Versammlungsdemokratie finden. Eine Ausnahme bildet aber die lokale Versammlungsdemokratie, wo keine schwächere Teilnahme der unteren Bildungsschichten vorzufinden war. Nimmt man die ungleiche Beteiligung an den eidgenössischen Wahlen hinzu, so muss vermutet werden: Das Beteiligungsdefizit unterer Bildungsschichten ist mit wenigen Ausnahmen ein generelles Merkmal schweizerischer Wahl- und Abstimmungsdemokratie.

Lässt sich die lokale Versammlungsdemokratie deshalb als egalitäres Demokratiemodell empfehlen? Nicht, wenn wir, wie Schaub und Rochat, weitere soziale und wirtschaftliche Merkmale der Teilnahme betrachten. So ist die Teilnahme an Gemeindeversammlungen notorisch gering und ihr Publikum oft überaltert. Die Untervertretung der Jungen gilt nicht für die Landgemeinde mit ihrer etwas höheren Beteiligung. Dort gehen aber andere soziale Kriterien mit einem Übergewicht der gut Gebildeten einher. Es lässt sich daher, auch im Vergleich zu Urnengängen, kein «bestes Modell» für eine egalitäre Repräsentation aller Bildungsschichten herauslesen.

Wählen und Abstimmen – kein «bowling alone»

Wie beeinflusst freiwilliges soziales Engagement des Einzelnen die Bereitschaft, an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen? Dieser Frage geht *Zumbrunn* im Beitrag *Human Capital and Social Capital in the Creation of Political Participation in Switzerland* auf der Grundlage von 4000 Befragten mit Wohnsitz in der Schweiz nach. Sie untersucht die Rolle verschiedenster sozialer Tätigkeiten von Stimmberechtigten. Theoretisch erwartet sie, dass freiwillige zivilgesellschaftliche Interaktionen, seien sie nun informell oder formell organisiert, die sozialen Kompetenzen und das politische Wissen der Stimmberechtigten verbessern.

Die Untersuchung bestätigt diese Erwartung: Stimmbürgerinnen und Bürger, die sozial aktiver sind, beteiligen sich stärker an Abstimmungen und Wahlen. Mehr noch: Soziales Engagement vermag unter bestimmten Bedingungen das Teilnahmehindernis geringerer Bildung teilweise auszugleichen. Tatsächlich beteiligen sich bildungsmässig benachteiligte, aber sozial engagierte Bürgerinnen politisch stärker als diejenigen, die keinen sozialen Aktivitäten nachgehen. Überraschenderweise scheint dieser Effekt bei Referenden stärker zu sein als bei Wahlen. Man kann vermuten, dass freiwillige soziale Tätigkeit auch politisches Verständnis und Wissen vermittelt. Jedenfalls zeigen die Ergebnisse die positive Bedeutung sozialer Einbindung; danach ist Wählen und Abstimmen kein Solitär-Spiel.

Wann und warum untere Bildungsschichten anders abstimmen

Wie wirkt sich Bildungsungleichheit auf das Ergebnis von eidgenössischen Abstimmungen aus? Anhand von Daten aus 300 Volksabstimmungen der letzten Jahrzehnte stellen *Sciarini/Walder* im Beitrag *Unequal Voices: The Educational Gap of Voting Choices in the Swiss Direct Democracy* regelmässige Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen Personen mit niedrigem und hohem Bildungsniveau fest. Die weniger Gebildeten unterstützen Regierungsvorlagen in geringerem Masse. Das heisst aber auch: die Vorlagen von Regierung und Parlament profitieren von der schwachen Beteilung der unteren Bildungsschichten insofern, als damit den Vorschlägen der Konkordanz keine grössere Opposition erwächst. In ihrer ausführlichen Analyse finden die Autoren, dass der Widerstand der Benachteiligten gegen die Konkordanzpolitik dann besonders stark ist, wenn es um Fragen der Einwanderung und der internationalen Öffnung des Landes geht. Dies ist nicht überraschend, da sich viele der weniger Gebildeten durch die Globalisierung bedroht fühlen. Sciarini/Walder kommen jedoch zum Schluss, dass der Einfluss auf das Ergebnis von Referenden nicht überschätzt werden sollte. Denn die VOX-Nachbefragungen zählen weniger als zehn Prozent der Befragten zu den Benachteiligten mit geringer Bildung; zudem beteiligen sie sich politisch weniger als die Gruppe der hoch Gebildeten. Beides führt dazu, dass die unteren Bildungsschichten nur ausnahmsweise und bei knappem Resultat entscheidend für den Ausgang einer Volksabstimmung sind.

Soziale Selektivität- ein politisches «Non Issue»

Je geringer das Bildungsniveau der Wählerinnen und Wähler, desto geringer ist ihre politische Beteiligung – und umgekehrt. Diese Faustregel gilt auch für

die direkte Demokratie in der Schweiz. Das wirft die Frage auf: Wie funktioniert ein Bildungssystem, das „wenig“ und „hoch“ gebildete Menschen hervorbringt? Die Antwort scheint einfach: Bildungssysteme vermitteln allen Menschen grundlegende Fähigkeiten und Kenntnisse, bieten aber den Begabteren die Möglichkeit, eine höhere Bildung zu erwerben, die ihnen Chancen für den sozialen Aufstieg eröffnet. Bildung ist damit ein entscheidender Faktor für die soziale Schichtung.

Freilich ist schulische Leistung nur bedingt der Schlüssel zum Bildungserfolg. So hatten vor 60 Jahren junge Frauen und ländliche Jugendliche kaum Zugang zur höheren Bildung. Solche Formen sozialer Selektivität treffen Jugendliche aus unteren sozialen Schichten besonders stark. Ihre Benachteiligung im Elternhaus, geringere Sozialkompetenzen, geringere Anerkennung schulischer Leistungen etc. wiegen so schwer, dass trotz vergleichbarer Schulleistung drei bis viermal weniger von ihnen zur Matura gelangen als Nachkommen aus privilegiertem Elternhaus.

Ihre Benachteiligung hält an. Während die Bildungsbarrieren für Frauen und Jugendliche aus Randregionen durch die Bildungspolitik überwunden wurden, hat sich für sozial benachteiligte Jugendliche nichts geändert. *Linder* untersucht im Beitrag *The Politics of Education: The Case of Social Selectivity* in seiner bildungspolitischen Fallstudie die Gründe, warum die Förderung von Frauen und ländlichen Jugendlichen zum Erfolg kam, während die Bildungspolitik im Gegensatz dazu die sozial benachteiligten Bildungsschichten leer ausgehen liess. Soziale Selektivität blieb damit bis heute ein politisches «Non-issue».

Direkte Demokratie- eine Mittelschichts-Demokratie?

Wählerinnen und Wähler beteiligen sich politisch nicht als abstrakte, gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger, sondern als Individuen, die von ihrem sozialen Kontext geprägt sind. Zu diesem Kontext gehören Bildungsprivilegien – oder -barrieren –, für die der Einzelne nicht verantwortlich ist und die er nicht ändern kann. Dieser institutionelle Mechanismus überträgt sich auch von der Bildung auf die sozial selektive politische Partizipation.

Dies verdeutlicht das Ausmaß von Lijpharts „ungelöstem Dilemma der Demokratie”: Es umfasst nicht nur die geringere Beteiligung der weniger Gebildeten, sondern auch ihre soziale und wirtschaftliche Benachteiligung sowie ihren familiären Hintergrund. Hier tut sich ein Widerspruch zum demokratischen Grundprinzip „eine Person, eine Stimme” auf, den *Linder* in seinen *Conclusions* diskutiert. Theoretisch beteiligen sich die Menschen als unabhängige und gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger. Ihre tatsächliche Fähigkeit, Neigung oder Bereitschaft zur Beteiligung wird jedoch teilweise durch ungleiche Chancen, Privilegien und Benachteiligungen bestimmt, denen sie ausgesetzt sind und über die sie keine Kontrolle haben. Die Stimmabgabe in der direkten Demokratie mag so anspruchsvoll sein, dass sie bis zum Verzicht auf Teilnahme von vielen weniger Gebildeten führt. Kriesi (2005) bezeichnete diese Art der Enthaltung als „Selbstzensur”. Mit Bezug auf jene Bürgerinnen und Bürger, die Opfer sozialer Selektion im Bildungswesen sind, könnte man auch sagen: Sie wurden zum Schweigen gebracht.

Eine gleichberechtigte Teilhabe an der Demokratie bleibt in gewisser Weise ein unerreichbares Ideal, solange alle anderen gesellschaftlichen Strukturen von sozialer Schichtung und Machtungleichheit geprägt sind. Beeinträchtigt nun die ungleiche politische Teilhabe die Legitimität der Demokratie? Heute sehen wir Demokratien, in denen der Populismus Wahlen mit der Behauptung diskreditiert, dass die „Nichtvertretenen" kein Gehör finden. Diese Behauptung ist in der direkten Demokratie der Schweiz weniger verbreitet. Tatsächlich beruht die hohe Legitimität der direkten Demokratie auf der Prämisse, dass ihre Entscheidungen von allen Stimmberechtigten und allen sozialen Schichten getroffen werden.

Angesichts der systematischen Unterrepräsentation von Bürgerinnen und Bürgern mit geringerem Bildungsniveau müssen wir jedoch anerkennen, dass die direkte Demokratie weniger die Sache aller ist, als es den Anschein macht. In gewisser Weise weist sie Merkmale einer „Mittelschichtdemokratie" auf. Wir sind versucht, Schattschneiders (1960) wegweisende Kritik am politischen Pluralismus zu paraphrasieren: „Der Fehler des Chors der direkten Demokratie in der Schweiz besteht darin, dass er mit einem starken Akzent der Mittel- und Oberschicht singt." Und auf der Grundlage der empirischen Ergebnisse müssen wir zu dem Schluss kommen, dass die besser Gebildeten die Gewinner, die unteren Bildungsschichten jedoch die Verlierer sind.

Referenzen:

- Armingeon, K., & Schädel, L. (2015). Social Inequality in Political Participation: The Dark Sides of Individualisation. *West European Politics, 38*(1), 1–27.
- Kriesi, H. (2005). *Direct Democratic Choice: The Swiss Experience*. Lexington Books. https://doi.org/10.1017/S153759270707257X
- Lijphart, A. (1997). Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. *American Political Science Review, 91*(1), 1–14. https://doi.org/10.2307/2952255
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. Simon & Schuster. https://doi.org/10.1145/358916.361990
- Schattschneider, E. E. (1960). *The Semi-Sovereign People: A Realist's View of Democracy in America*. Holt, Rinehart and Winston.

Abbildung: unsplash.com